

## Protokoll

<b>Gremium</b>	<b>Gemeindeversammlung</b>
Nr./Jahr	02/2014
Datum	Montag, 1. Dezember 2014
Zeit	19:30 Uhr – 20:55 Uhr
Ort	Aula Oberstufenschulhaus Untere Au
Autor	Oliver Jaggi, Gemeindeschreiber
Vorsitz	Niklaus Röthlisberger, Gemeindepräsident
Stimmberechtigte	76 Stimmberechtigte oder 1.58% von insgesamt 4'811 Stimmberechtigten
Gemeinderat	Andrea Erni Hänni, Peter Flury, Roland Jegerlehner, Beat Schertenleib, Daniela Sigrist, Daniel Wagner
Abteilungsleiter / Koordinator Bildung	Markus Gempeler, Martin Koch, Peter Fankhauser, Oliver Jaggi, Christoph Lehmann
Stimmzähler	René Reinhard, Toni Steinmann
Medien	Stefan Kammermann (Thuner Tagblatt)
Gäste	3 Schülerinnen der WMS, Michel Schober (Hauswart)
Entschuldigt	-

- 14 Finanzplan 2014-2019: Kenntnisnahme
- 15 Voranschlag 2015: Genehmigung
- 16 Verschiedenes

Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger begrüsst die Anwesenden. Er fragt, ob das Stimmrecht einer anwesenden Person bestritten wird, oder ob jemand da ist, der kein Stimmrecht hat. Dies ist nicht der Fall bzw. diese Personen sitzen bereits am separaten Gäste-Tisch.

Die heutige Versammlung wurde vorschriftsgemäss im Amtsanzeiger vom 30. Oktober 2014 publiziert. Die Botschaft wurde in alle Haushalte verteilt. Sämtliche Unterlagen konnten bei der Gemeindeverwaltung bezogen oder teilweise unter [www.heimberg.ch](http://www.heimberg.ch) heruntergeladen werden.

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 23. Juni 2014 wurde vorschriftsgemäss aufgelegt und vom Gemeinderat anschliessend genehmigt.

Die Stimmzähler René Reinhard und Toni Steinmann werden gewählt. Mit der Zeitmessung wird die Vizepräsidentin Andrea Erni Hänni beauftragt.

Die Botschaft und die Folien-Präsentation sind integrierender Bestandteil des Protokolls.

Die Reihenfolge der Traktanden wird nicht bestritten.

## Finanzplan 2014-2019: Kenntnisnahme

8.201 Finanz-/Investitionsplanung

### Ausgangslage

*Gemeinderat Peter Flury* erläutert den Finanzplan 2014-2019, der einen Ueberblick gibt über die mutmassliche Entwicklung des Finanzhaushalts. Dem Gemeinderat dient er als flexibles Führungsinstrument. Im Finanzplan sind grosse Investitionen vorgesehen, wie z. B. Erweiterung und Sanierung Aula, Erweiterungsbau Primarschule Untere Au, Busversuchsbetrieb.

Der Finanzplan beruht auf einer Steueranlage von 1.50 Einheiten. Wegen des neuen Rechnungsmodells HRM2 (ab 2016) sinken die Abschreibungen stark ab und steigen erst im weiteren Verlauf der Zukunft wieder an. Die grossen Investitionen können nicht mehr vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Es ist deshalb vermehrt mit Aufwandüberschüssen zu rechnen. Die Defizite sind jedoch durch Eigenkapital gedeckt.

Bis zum Ende der Planungsphase (2019) steigt das Fremdkapital auf 13 Mio. Franken an.

Davon sind 10 Mio. Franken zinspflichtig. Dies ist für die Gemeinde Heimberg tragbar.

Der Gemeinderat nimmt die Daueraufgabe u. a. für eine umsichtige Stellenbewirtschaftung und das finanzielle Haushaltsgleichgewicht ernst, so dass die Legislaturziele auch eingehalten werden können.

Der bittet die Stimmberechtigten, den vorliegenden Finanzplan 2014-2019 zur Kenntnis zu nehmen.

### Antrag

Die Gemeindeversammlung nimmt den Finanzplan 2014-2019 zur Kenntnis.

### Beratung

Keine Wortmeldung.

### Abstimmung

Kenntnisnahme.

### Beschluss

Die Gemeindeversammlung nimmt den Finanzplan 2014-2019 zur Kenntnis.

Verteiler:

Alle AL

## Voranschlag 2015: Genehmigung

8.211 Voranschläge

### Ausgangslage

*Gemeinderat Peter Flury* erläutert den Voranschlag 2015. Dieser rechnet bei Aufwendungen von 29'911'352.00 Franken und einem Ertrag von 29'563'250.00 Franken mit einem Aufwandüberschuss von 348'102.00 Franken. Der Aufwandüberschuss ist durch das Eigenkapital gedeckt. Die Steueranlage bleibt unverändert bei 1.50 Einheiten.

Der Aufwandüberschuss wäre eigentlich um 519'928.00 Franken höher, wird jedoch um die Entnahme aus der Spezialfinanzierung Mehrwertabschöpfung von 1'661'400.00 Franken und durch übrige Abschreibungen von 1'141'472.00 Franken zum vorliegenden Ergebnis gebracht. 2014/15 muss zinspflichtiges Fremdkapital eingekauft werden. Die Passivzinsen haben jedoch keinen wesentlichen Einfluss auf den Finanzhaushalt.

Die geplanten Gebührenerhöhungen ab 1.1.2015 bei den Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser und Abfall führen noch nicht dazu, dass sie bis zum Ende der Planungsperiode kostendeckend werden. Die Kostendeckungsgrade der drei Spezialfinanzierungen liegen zwischen 80% bis 99%.

Der bittet dem Voranschlag 2015 in der vorliegenden Form zuzustimmen.

### Antrag

Die Gemeindeversammlung beschliesst:

1. Im Jahr 2015 folgende Gemeindesteuern zu erheben:
  - a) Auf den Gegenständen der Staatssteuer das 1.50-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes
  - b) Eine Liegenschaftssteuer von 1.20 Promille der amtlichen Werte
2. Den Voranschlag für das Jahr 2015 nach harmonisiertem Rechnungsmodell 1 (HRM1) mit einem Aufwandüberschuss von 348'102 Franken zu genehmigen.

### Beratung

*Erhard Gut* hat von den geplanten Gebührenerhöhungen Kenntnis genommen. Er ist erstaunt, dass ausschliesslich die Grundgebühren erhöht werden und die Verbrauchsgebühren nicht. Gibt es dazu spezielle Gründe?

*Gemeinderat Daniel Wagner* antwortet, dass mit den Grundgebühren der Grundbedarf und mit dem Wasserzins von 1.10 Franken die erforderlichen Investitionen gedeckt werden müssen. Die Verbrauchsgebühr kann unverändert bei 1.10 Franken bleiben.

*Erich Marti* ist mit der Antwort nicht zu frieden. Wenn schon Gemeinderat Flury das Thema von sich aus aufs Tapet bringt, will er sich dazu jetzt auch äussern.

Das Abfallgesetz sieht beispielsweise vor, dass die Gebühren verbrauchsabhängig ausgestaltet werden sollen. Die Erhöhung der Grundgebühren um 100% ist ungerecht. In letzter Zeit wurde viel über Steuergerechtigkeit diskutiert. Die fixen Grundgebühren treffen die Bürger alle genau gleich, und zwar ob er vermögend ist oder nicht. Dies ist eine ungerechte, unsoziale Form von Steuererhebung.

Ein 1-Personenhaushalt bezahlt gleich viel wie ein 5-Personenhaushalt, welcher über ein viel höheres Einkommen verfügt. Die Verteilung der Gebührenerhöhung auf Grundgebühr und Verbrauchsgebühr muss unbedingt nochmals überprüft werden.

Er ist nicht überzeugt, dass die vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen der Weisheit letzter Schluss sind. Seit Jahren betet der Gemeinderat den Bürgern vor, dass die Spezialfinanzierungen kostendeckend sein müssen, d. h. es darf kein Ueberschuss und kein Defizit erwirtschaftet werden. Was war in den letzten Jahren los? Waren die Spezialfinanzierungen nicht kostende-

ckend? Wie kommt es, dass nun plötzlich bei allen drei Themen die Gebühren um 100% erhöht werden müssen?

Die „Gratisgrünabfuhr“ ist eine Mogelpackung. Durch einen Gemeindeversammlungsbeschluss wurde Abstand genommen von den Gebührenmarken für die Grünabfuhr. Damals hiess es, die Gratisgrünabfuhr könne jetzt erfolgen dank dem Ueberschuss, welcher für 2 Jahre ausreichen würde. Jetzt soll die Gratisgrünabfuhr anscheinend weitergeführt werden. Gratis ist sie keineswegs. Sie ist jetzt nämlich auch Gegenstand der Grundgebührenerhöhung im Bereich Abfall. Sie wird jetzt nicht mehr verbrauchsabhängig, sondern mit der unsozialen Grundgebühr finanziert. Er fragt sich, ob der Abfall zwingend über eine Spezialfinanzierung mit Gebühren abgerechnet werden muss, oder ob eine Finanzierung mit den ordentlichen Steuergeldern möglich wäre.

*Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger* hält fest, dass der Gemeinderat immer informiert hatte, dass die Grundgebühren angehoben werden müssen. Wieviel die Erhöhung ausmachen würde, wusste man vorher noch nicht genau. Der Vorwurf, dass es eine grosse Erhöhung ist, nimmt er entgegen und wird akzeptiert. Vielleicht hätte der Gemeinderat vor 2 Jahren eine erste Tranche einer Erhöhung beschliessen sollen, damit die Erhöhung jetzt nicht dermassen hoch ausfallen müsste. Bisher war die Finanzierung durch die zur Verfügung stehenden Erschliessungskosten gesichert. Vor rund 4 Jahren wurde die Gemeinde von Herrn Schäfer, Kantonale Planungsgruppe KPG, darauf aufmerksam gemacht, dass die Gebühren erhöht werden müssen. Das Referendum zu den entsprechenden Gebührenreglementen läuft noch bis zum 22. Dezember. 200 Unterschriften von Stimmberechtigten der Gemeinde Heimberg sind nötig.

*Roland Hügli*, FDP, stimmt den vorherigen Votanten zu. Ein Reiheneinfamilienhauseigentümer bezahlt ebenfalls 108% mehr wie der Eigentümer einer Villa. Er fände es gerechter, wenn das Verbraucherprinzip stärker zum Tragen käme. Er bittet den Gemeinderat, das Thema nochmals zu prüfen. Er erinnert daran, dass auf Bundesebene der Bundesrat mit der geplanten Gebührenerhöhung für die Vignette von 40.- auf 100.- Franken (auch) scheiterte.

*André Bally* schliesst sich den Vorrednern an. Zudem bemängelt er, dass sparsames Verhalten bestraft und sorgloses bestätigt wird. Die öffentliche Hand sollte die Aspekte Oekonomie und Oekologie im Fokus behalten. Die Reglementsänderungen bieten eine gute Gelegenheit, die richtigen Akzente zu setzen. Die fixen Gebühren zu erhöhen ist der falsche Weg.

*Gérard Schüler* ist froh, dass die Schulden in den letzten Jahren abgebaut wurden. Er fragt, warum sie beim Investitionsprogramm in den nächsten 5 Jahren bei 16 Mio. Franken liegen und im „später“ immer noch dort verharren. Die Jahre nach 2019 sind doch auch relevant.

*Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger* bittet Herrn Schüler die Frage im Anschluss an die Versammlung klären zu lassen, weil die Versammlung jetzt beim Traktandum Voranschlag ist und nicht mehr beim Finanzplan.

*Erhard Gut* meldet sich nochmals zum Thema Gebührenerhöhungen. Der Gemeinderat merkt jetzt, dass er mit der geplanten Erhöhung nicht in die richtige Richtung geht. Gut würde es deshalb begrüessen, wenn der Gemeinderat nochmals über die Bücher gehen und den Aspekt der Oekologie mehr berücksichtigen würde; statt auf das Zustandekommen des Referendums zu warten.

*Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger* nimmt die Voten zur Kenntnis und hält fest, dass trotz der Gebührenanpassungen die Spezialfinanzierungen nicht kostendeckend geführt werden können.

*Beat Nyffeler* stört sich ebenfalls daran, dass kein Anreiz für einen sparsamen Umgang mit Wasser geschaffen wird. Er findet es falsch, die Verbrauchsgebühr nicht anzupassen.

### **Abstimmung**

Grossmehrheitlich mit 5 Gegenstimmen angenommen.

## **Beschluss**

Die Gemeindeversammlung beschliesst:

1. Im Jahr 2015 folgende Gemeindesteuern zu erheben:
  - a) Auf den Gegenständen der Staatssteuer das 1.50-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes
  - b) Eine Liegenschaftssteuer von 1.20 Promille der amtlichen Werte
2. Den Voranschlag für das Jahr 2015 nach harmonisiertem Rechnungsmodell 1 (HRM1) mit einem Aufwandüberschuss von 348'102 Franken zu genehmigen.

Verteiler:

Alle AL

## Verschiedenes

1.300 Gemeindeversammlung  
1.461 Informationen

### 1. Bonus Malus Sozialdienste (2.3)

*Sozialvorsteherin Andrea Erni Hänni* informiert anhand ihrer Folienpräsentation über den Malus bei den Sozialdiensten. Sie erklärt, warum es einen Bonus/Malus in der Sozialhilfe gibt, wie er berechnet wird, wie die Berechnung konkret für Heimberg aussieht, was an der Berechnung auffällt, was es mit dem Parameter „Leerwohnungsziffer“ auf sich hat und dass sich die Gemeinde Heimberg nicht scheuen muss vor einem Vergleich mit anderen Sozialdiensten im Kanton Bern. Als Beispiel für eine Bonusgemeinde nennt sie Wichtrach.

Heimberg wehrt sich gegen die Verfügung des Kantons. Eine Beschwerde wurde in Zusammenarbeit mit den anderen beiden Malus-Gemeinden Lyss und Pieterlen eingereicht. Zudem werden interne und externe Optimierungsmöglichkeiten überprüft.

Abschliessend bittet sie die Bürgerinnen und Bürger, bei Informationsbedarf auf sie oder den Abteilungsleiter Sozialdienste zuzukommen. Leider kommen Gerüchte, die im Umlauf sind, jeweils nicht bis zu ihr.

*Martin von Känel*, EVP, dankt für diese Ausführungen. *Andrea Erni Hänni* informiere besser als die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern. Er arbeitete in Wichtrach. Dort wurde sicher nicht viel besser gearbeitet als in Heimberg. 85% der Ausgaben sind vom Kanton normiert. Der Spielraum ist gering. Bei den Einnahmen kann man allenfalls eine Effizienzsteigerung erzielen. Er hat Vertrauen in den Sozialdienst Heimberg, dass die Arbeit richtig gemacht wird.

*André Bally* erkundigt sich nach dem Vorbericht des Rechtsanwalts bezüglich der Erfolgchancen der Beschwerde und wie hoch die Kosten im Falle des Unterliegens wären.

*Sozialvorsteherin Andrea Erni Hänni* erklärt, dass das Geschäft im Gemeinderat behandelt wurde. Der Rechtsanwalt geht von einer 50:50 Chance aus. Die Honorarkosten sind auf ein Kostendach von Fr. 20'000.- limitiert.

*André Bally* ist der Auffassung, dass es aufgrund der regen Bautätigkeit in Heimberg schlechterdings nicht möglich sein kann, einen so tiefen Leerwohnungsbestand zu haben. Die Zahlen liegen doch bei der Bauverwaltung vor. Was ist vorgesehen, dass man nicht mehr in diese Falle fällt?

Gemäss *Andrea Erni Hänni* besteht hierzu grosser Abklärungsbedarf. In der Stadt Bern z. B. ist bei 4-5'000 Wohnungen nicht klar, ob sie für die Statistik mitgezählt werden dürfen oder nicht. Stichtag ist immer der 1. Juni.

*Niklaus Röthlisberger* hält abschliessend fest, dass Heimberg einen engagierten Sozialdienst hat. Die Formeln sind wissenschaftlich nicht erhärtet. Wir setzen uns zur Wehr. Er ist zuversichtlich, dass gute Chancen auf Erfolg bestehen. Er hofft, dass Heimberg zumindest teilweise Recht erhält.

#### Verteiler:

RV Soziales

AL Sozialdienste

## **2. Veloständer beim Bahnhof / Absenkung von Trottoirs / Gesundheitszentrum (4.1501 / 4.532 / 4.200)**

*Margrit Wenger* stellt folgende drei Fragen:

1. Der Veloständer beim Bahnhof und Lädeli-Zentrum fehlt immer noch. Besteht diesbezüglich - wie an einer Gemeindeversammlung versprochen - Kontakt mit der BLS?
2. Können die Trottoirs, insbesondere bei den Uebergängen Alpenstrasse zum Industrieweg und Alpenstrasse zur Schulstrasse nicht abgesenkt werden, damit sie behindertengerecht werden?
3. Sind bereits Ueberlegungen im Gang bezüglich der Ansiedlung eines Gesundheitszentrums in Heimberg? Die Heimberger Ärzte sind ausgebucht. In Oberdiessbach, Meiringen und Steffisburg übernimmt die Gemeindebehörde eine aktive Rolle in dieser Thematik.

*Beat Schertenleib* beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Die Verhandlungen mit der BLS sind leider mühselig. Pläne bestehen und wurden der BLS vor einiger Zeit eingereicht. Das Thema muss wieder aktiviert werden. Im September fand der letzte Kontakt mit der BLS statt.
2. Die Absenkungen der Trottoirs nimmt er zu Handen der Bauverwaltung zur Prüfung entgegen.
3. Die Ansiedlung eines Ärztezentrums ist für den Gemeinderat ein Thema, das bereits Eingang fand in das Pflichtenheft der zurzeit laufenden Planung für das Areal Gewerbegebiet Bernstrasse. Die Problematik der Gesundheitsversorgung in Heimberg ist dem Gemeinderat bekannt.

Verteiler:

Bauverwalter

BL Tiefbau/Betriebe

## **3. Fussgängerstreifen im Kreuzungsbereich Alpenstrasse/Schützenstrasse (4.532 / 4.536)**

*Andrea Hari* beobachtet seit der Entfernung des Fussgängerstreifens am 11.11.2014 bei verschiedenen Verkehrsteilnehmern (Kinder, andere Fussgänger, Autofahrer) Unsicherheiten in Bezug auf die Strassenüberquerung. Die Erklärungen der Bauverwaltung sind für sie einleuchtend. Vor allem wegen der Bushaltestelle und der fehlenden Uebersicht musste der Fussgängerstreifen weichen. Sie fragt sich aber trotzdem, ob die Entfernung des Fussgängerstreifens verhältnismässig ist. Der Bus wird maximal zweimal die Stunde dort anhalten, und zwar nicht Minuten lang. Ist es die sicherste Lösung? Viele Kindergartenkinder sind dort unterwegs und müssen die Strasse überqueren.

*Gemeinderat Beat Schertenleib* erklärt wie es dazu kam und hält fest, dass das Konzept von Kommission, Gemeinderat und Obergeringenieurkreis abgesegnet wurde. Diese Massnahme lag öffentlich auf mit Einsprachefrist. Es ist leider nicht möglich, den Fussgängerstreifen beizubehalten. Die Uebersicht kann nicht genügend gewährt werden, wenn der Bus dort anhält.

*Gemeinderat Peter Flury* (Verkehrsinstruktor bei der Kantonspolizei) ergänzt, dass die Beibehaltung aus praktischen Gründen und von Gesetzes wegen nicht möglich ist. Der Fussgängerstreifen kann auch nicht auf die Schützenstrasse verlegt werden. In den 3 Jahren Busversuchsbetrieb werden die Erfahrungen aber zeigen, wo Optimierungsbedarf besteht.

*Linda Straubhaar* sagte bereits mehrmals an Versammlungen, dass das Tempo 30 vermehrt kontrolliert werden sollte. Kontrollen werden wegen der Kinder (Schulweg) und den neu zirkulierenden Bussen jetzt noch wichtiger.

Bei dieser Gelegenheit bittet sie den Gemeinderat, bei der BLS wieder einmal vorstellig zu werden für die Einführung des abendlichen Halbstundentakts für die Bahn.

*Erich Marti* wollte heute Abend eigentlich nichts zum Bus sagen. Er sagte bereits früher, die Haltestelle Sportzentrum sei gefährlich. Man sagte damals, man werde dann schon schauen,

dass es nicht gefährlich wird. Das „Schonschauen“ fruchtete nicht. Diese Haltestelle ist ein echtes Problem. Die Geschichte der Alpenstrasse ist grotesk. Mit grossem Aufwand wurde seitherzeit die Brücke gebaut, um die gewünschte Verkehrsberuhigung und die Schulwegsicherheit zu erreichen. Seither fährt der Schwerverkehr über die Brücke. Neu werden nun pro Tag 70 Busfahrten auf der Alpenstrasse stattfinden. Dies stellt eine gegenteilige Entwicklung dar. Der Schulweg wird krass unsicherer. Die Gemeinde macht hier eine Kehrtwende, die nicht zu begrüßen ist.

Die Bezeichnung der Haltestelle an der Schützenstrasse in „Sportzentrum“ findet er lustig. Er wohnt dort. Es hat da doch kein Sportzentrum! Das wäre dasselbe, wenn man beim Bahnhof die Haltestelle mit „Gemeindeverwaltung“ bezeichnen würde. Eine geschickte Bezeichnung für die Haltestelle bei der Gemeindeverwaltung wäre doch „Gemeindeverwaltung“ gewesen. Aber nein, sie heisst „Loueligrabenweg“. Es ist ein Knorz.

Verteiler:

Bauverwalter  
BL Tiefbau/Betriebe

#### **4. Gebühren Spezialfinanzierungen (8.242)**

*Martin von Känel*, EVP, hat zu den Gebührenanpassungen eine generelle Frage. Unlängst konnte man lesen, dass die Stadt Thun eine Gebührenhölle ist. Die EVP geht natürlich nicht gerne in die Hölle. Wie nahe am Ofen sind wir schon bzw. wie liegt Heimberg im Ranking mit umliegenden Gemeinden?

Gemäss *Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger* braucht Herr von Känel keine Angst vor der Hölle zu haben. Heimberg liegt im Vergleich zu den Gemeinden Uetendorf und Steffisburg auch mit den erhöhten Grundgebühren immer noch leicht unterhalb des Durchschnitts.

Verteiler:

Bauverwalter  
BL Tiefbau/Betriebe  
Finanzverwalter

#### **5. Richtlinien über Beiträge an Exkursionen / Schulreisen etc. und Gemeinderatskredit (1.12 / 1.431)**

*André Bally* wurde auf die Publikation im Thuner Amtsanzeiger aufmerksam, wonach der Gemeinderat am 27. Oktober 2014 neue Richtlinien über Beiträge an Exkursionen / Schulreisen etc. beschlossen hatte. Darin ist u. a. geregelt, dass für Exkursionen / Schulreisen Fr. 25.- pro Kind und Jahr zur Verfügung gestellt werden.

Weiter stellte er fest, dass der Gemeinderat für Ausflüge und Exkursionen einen Betrag von Fr. 75'000.- bis Fr. 100'000.- ausgegeben hat. Aufgrund wessen Reglements wurden diese Auslagen gesprochen? Müsste man dafür nicht eine rechtliche Grundlage erlassen? Er hörte, dass 18 Personen in diesem Jahr am Flughafen Bern-Belp anzutreffen waren.

*Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger* erklärt, dass der Gemeinderat von der Partnergemeinde Horazdovice in Tschechien eingeladen war. Die Kosten übernahm mehrheitlich die Partnergemeinde. Das Budget wird stets eingehalten. Der Gemeinderat war übrigens in diesem Jahr nicht am Flughafen Bern-Belp. Der Flug war ab Zürich-Airport gebucht. Für das Jahr 2015 beträgt der Tagesansatz für die Gemeinderatsreise Fr. 200.- pro Person gegenüber bisher Fr. 275.-.

*Gemeindeschreiber Oliver Jaggi* erklärt, dass die Grundlage der jeweilige Voranschlag darstellt, welcher von den Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung genehmigt wird.

Verbal: Herr Bally erhielt zu diesem Thema bereits dreimal das Wort. Als Herr Bally erneut das Wort ergreifen will, erklärt Vizegemeindepräsidentin Andrea Erni Hänni gestützt auf Art.10 Wahl- und Abstimmungsreglement Heimberg, dass er sich zum gleichen Thema nun nicht mehr äussern darf. Herr Bally akzeptierte diesen Hinweis.

Verteiler:  
Finanzverwalter  
Koordinator Bildung  
Gemeindepräsident

## **6. „Slalom piste“ Dornhaldestrasse (4.511.21)**

*Roland Hügli* stört sich an den neu erstellten Flanken bei den Parkfeldern entlang der Dornhaldestrasse. Der Autofahrer muss jetzt stoppen, wenn einer entgegenkommt. Die Flanken sind störend und nicht toll. Er ist der Meinung, dass mit den Flanken ein Gefahrenherd - vor allem wegen ausscharenden Kindern - erstellt wurde. Er möchte wissen, wie teuer diese Massnahmen waren. Er hörte Beträge von Fr. 5'000.- bis sogar Fr. 50'000.-.

*Gemeinderat Daniel Wagner* erklärt, dass diese baulichen Massnahmen wegen des Busversuchs und aus gesetzlichen Gründen realisiert werden mussten. Die genauen Kosten wird er abklären lassen und Herrn Hügli noch mitteilen.

*Herr Moser* fragt, ob es wirklich noch zusätzliche Signalisationen braucht, da es ja bestehende 30er Zonen sind.

*Gemeinderat Peter Flury* informiert, dass es keine 30er Zonen sind, sondern eine Streckensignalisation 30 km/h. Das heisst von Gesetzes wegen, dass nach jeder Verzweigung die Signalisation wiederholt und dass für die Einhaltung der 30 km/h bauliche Massnahmen erstellt werden müssen.

Verteiler:  
Bauverwalter  
BL Tiefbau/Betriebe

## **7. Revisionsberichte (8.231)**

*André Bally* ist interessiert an den Revisionsberichten, die Auskunft geben über die Tätigkeiten der Gemeindeverwaltung. Warum ist beispielsweise der Bericht des Rechnungsprüfungsorgans nicht im Internet aufgeschaltet? Wo kann der Bericht eingesehen werden bzw. auf welchem Weg kann man davon Kenntnis nehmen?

*Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger* nimmt das Anliegen auf und lässt abklären, ob der Revisionsbericht des Rechnungsprüfungsorgans öffentlich zur Einsichtnahme aufgelegt werden kann.

Verteiler:  
Gemeindepräsident  
Finanzverwalter

## **8. Einführung einer Geschäftsprüfungskommission GPK (1.)**

*Erich Marti* ergreift nochmals das Wort. Nun hörte man heute Abend von vielen Sachen mit denen man mehr oder weniger zufrieden ist. Er schlägt vor, dass die Gemeinde eine GPK ins Leben ruft, welche unabhängig und systematisch die Geschäfte prüfen könnte. Die GPK könnte mit Kompetenzen ausgerüstet werden, die den Stimmberechtigten nicht zur Verfügung stehen. Sobald die Gemeindeversammlung Geschäfte beschlossen hat, hört man nichts mehr darüber. Die Frage bezüglich Gemeinderatsreise könnte beispielsweise eine GPK prüfen. Dies wäre im Sinne einer vertrauensbildenden Massnahme zu verstehen und um Gerüchten vorbeugen zu können. Die Aufgaben des Gemeinderats und der Verwaltung sind komplexer geworden. Die GPK könnte der heutigen Gemeindeorganisation mit der amputierten Gemeindeversammlung gut tun. Er regt an, die Gemeindeordnung dahingehend zu ergänzen.

*Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger* spürt im Votum von Erich Marti Misstrauen. Jeder Bürger darf Auskunft verlangen. Er freut sich, wenn jemand zu ihm kommt und Auskunft wünscht. Es gibt nichts zu verstecken.

Verteiler:

Gemeindepräsident  
Gemeindeschreiber

**9. Neuer Bauverwalter (1.705)**

Peter Fankhauser ist seit 1. Oktober 2014 im Amt.

**10. Busversuchsbetrieb (4.1511 / 7.1201)**

Am Montag 15. Dezember 2014 startet der Busversuchsbetrieb.

**11. Danksagungen (1.400)**

Ein schwieriges Jahr mit grossen Geschäften (Personalwesen, Gebührenerhöhungen, Feuerwehrtore usw.) geht zu Ende. Gemeinderat oder Gemeinderätin zu sein ist eine besondere Herausforderung.

**Stimmvolk**

*Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger* dankt dem Stimmvolk für das entgegengebrachte Vertrauen.

**Gemeinderat**

*Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger* bedankt sich herzlich bei seinen Ratskolleginnen und -kollegen für die gute und intensive Zusammenarbeit im 2014.

**Kommissionen**

*Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger* dankt allen Kommissionsmitgliedern für die geleistete und wertvolle Arbeit im zu Ende gehenden Jahr.

**Personal**

*Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger* dankt dem Personal für das Engagement und die wertvollen Dienste im zu Ende gehenden Jahr.

**Gemeindepräsident**

*Andrea Erni Hänni*, Vizepräsidentin, dankt dem Gemeindepräsidenten für seine grosse Arbeit auch im Jahr 2014 und wünscht ihm alles Gute und viel Erfolg für das neue Jahr. Auch seiner Ehefrau wird für die Unterstützung gedankt. Die Danksagungen werden mit Applaus unterstützt.

**Mikrofon- und Apéro-Service**

*Gemeindepräsident Niklaus Röthlisberger* dankt den Hauswarten Michel Schober und Toni Reichen für die Begleitung der Versammlung und für den Apéro-Service.

Im Anschluss an die Versammlung sind die Teilnehmenden herzlich zu Zopf und Wein eingeladen.

## **Gemeindeversammlung Heimberg**



Niklaus Röhli  
Gemeindepräsident



Oliver Jaggi  
Gemeindeschreiber

## **Genehmigung**

Das Protokoll der Gemeindeversammlung von Montag, 1. Dezember 2014 lag 14 Tage nach der Versammlung während 20 Tagen bei der Gemeindeverwaltung Heimberg öffentlich auf. Einsprachen sind keine eingetroffen. Das Protokoll wird gemäss Art. 20 des Wahl- und Abstimmungsreglements genehmigt.

Heimberg, 12. Januar 2015

## **Gemeinderat Heimberg**

Niklaus Röhli  
Gemeindepräsident

Oliver Jaggi  
Gemeindeschreiber